

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

14

LEIPZIG
7. 4. 1966
10. JG. / 33 603
15 PFENNIG

Der Briefwechsel zwischen SED und SPD erregt die Gemüter. Bereits am Tage der Veröffentlichung diskutierten Journalistikstudenten des ersten Studienjahrs den offenen Brief der SED an die SPD. Unser Bild: Debatte in der Vorlesungspause (Rosemarie Gratz, Bernd Büchel, Dieter Meditz, Hans Erxleben).

Foto: Hans-Peter Gaul

Aussprache über nationale Problemen nötig

Wir freuen uns, daß das Gespräch begonnen hat, obwohl man nicht soviel kann, daß die von unserer Partei aufgeworfenen Fragen beantwortet wurden. Um so mehr begrüßen wir es, daß das Zentralkomitee unserer Partei unabsehbar die großen nationalen Probleme zur Debatte stellt und weiterhin stellt... Wir möchten annehmen, daß auch sehr viele Mitglieder der SPD es lieber wüssten würden, wenn ihre Partei ihr Augenmerk auf die Hauptprobleme von Frieden, Abseitung, europäischer Sicherheit und auf die friedliche Lösung der deutschen Frage richten würde. Aus voller Überzeugung unterstützen wir die Initiative unserer Partei, die den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes gerecht wird. Uns scheint, daß ein besonders wichtiges Moment in dem

offenen Brief unserer Partei darin besteht, daß keinerlei Forderungen an die SPD gestellt und keine Vorleistungen verlangt wurden; erwartet wurde ausschließlich die Bereitschaft, über ungelöste Fragen miteinander zu sprechen. Zu solcher Voraussetzungslösigkeit scheint es uns nicht zu passen, wenn die SPD an uns appelliert, auf dem Schutz unserer Grenzen zu verzichten. Wir bedauern, daß die SPD in ihrem Antwortschreiben nicht auf die Frage eingeht, wie ein künftiges geheimes Deutschland aussehen soll. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß sehr vielen Sozialdemokraten die Feststellung der SED aus dem Herzen gesprochen ist, daß es kein Deutschland der Kriegsverbrecher und Monopolkapitalisten sein kann...

Ein Absatz in der offenen Antwort

des Parteivorstandes der SPD hat uns besonders beschäftigt: In diesem Absatz ist von Blut und Leben, von persönlicher Freiheit und Humanität die Rede. Es wird von der Unterschrift „des Mannes“ gesprochen, der bewirken könnte, daß die Gesetze aufgehoben werden, die dem Schutz unseres Staates dienen. Einen solchen Mann gibt es nicht. Jeder Funktionär unseres Staates hat die Pflicht, für die Unverletzbarkeit unserer Grenzen zu sorgen. Diese Unverletzbarkeit hat nämlich etwas damit zu tun, daß Blut und Leben unserer Bürger geschützt werden. Es ist ein Irrtum des Parteivorstandes der SED, zu glauben, daß unsere Gesetze nur von einem Mann abhängen; der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und Erste Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, ist der Repräsentant des Staates, in dem das Mitregieren aller Bürger bereits selbstverständlich wurde. Wenn über Demokratie diskutiert wird, so haben die Bürger der DDR dazu aus zwanzig Jahren Erfahrungen einiges zu sagen: Wir haben begriffen, wie Freiheit und Humanität nicht nur theoretisch fordert, sondern praktisch verwirklicht werden. Sicherlich werden viele Sozialdemokraten weit lieber mit ihren Klassengenossen über Humanität und Demokratie diskutieren, als mit Revanchisten und Monopolkapitalisten. Die vorgeschlagenen Aussprachen in Karl-Marx-Stadt und in Essen würden solche Diskussionen einen großen Schritt weiter bringen.

SED-Parteigruppe am Institut für Deutsche Literaturgeschichte

Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, ist der Repräsentant des Staates, in dem das Mitregieren aller Bürger bereits selbstverständlich wurde. Wenn über Demokratie diskutiert wird, so haben die Bürger der DDR dazu aus zwanzig Jahren Erfahrungen einiges zu sagen: Wir haben begriffen, wie Freiheit und Humanität nicht nur theoretisch gefordert, sondern praktisch verwirklicht werden. Sicherlich werden viele Sozialdemokraten weit lieber mit ihren Klassengenossen über Humanität und Demokratie diskutieren, als mit Revanchisten und Monopolkapitalisten. Die vorgeschlagenen Aussprachen in Karl-Marx-Stadt und in Essen würden solche Diskussionen einen großen Schritt weiter bringen.

Maikomitee begann Vorbereitungen

Als Hauptthemen für die Vorbereitung und Gestaltung des 1. Mai 1966 nannte auf der konstituierenden Sitzung des Maikomitees am Mittwoch vorher Woche sein Vorsitzender, Rektor, Prof. Dr. Müller, den 20. Jahrestag der SED, die Hochschulprinzipien und den XXIII. Parteitag der KPdSU. Genosse Böhme, Sekretär der UPL, und andere Komiteemitglieder hoben hervor, daß es darauf ankommt, am 1. Mai als einem Höhepunkt in unserer gesamten Arbeit ein machtvolles Beilemmnis zu unserer Politik abzulegen und anschaulich die Leistungen der Universität zu demonstrieren.

Prof. Dr. Orschekowski,
Erster Stellvertreter des Rektors:

Zum Stand der Diskussion über die „Prinzipien“

In den vergangenen Monaten gab es an der Karl-Marx-Universität eine breit angelegte, lebhafte Diskussion zu den „Prinzipien“. In einer Senatsitzung, zwei Dienstsitzungen mit den Dekanen, sechs Kollegiumssitzungen beim Rektor sowie einer Aussprache mit der Leitung der Humboldt-Universität wurden planmäßig die festgelegten Schwerpunkte diskutiert und der Stand der Diskussion eingeschätzt. An den Fakultäten fanden Kollegiums- und Ratsitzungen statt, auf deren Grundlage die Aussprache in den Fachrichtungen und Instituten geführt wird. Die Grundsatzdiskussion ermittelten die staatlichen Leiter, Lehrlinge und Organe durch die UPL und die Parteileitungen der Fakultäten, die durch zahlreiche Veranstaltungen die Diskussionen aktivierten. Mit Hilfe der Gewerkschaft wurde die breite Einbeziehung des Lehrkörpers, des wissenschaftlichen Mitarbeiters und des wissenschaftlichen Nachwuchses gesichert. Mit dem gegenwärtig stattfindenden FDJ-Versammlungen sichern die FDJ-Leistungen – unterstützt durch staatliche Leistungen und Wissenschaftler – die breite Einbeziehung der Studenten in die Diskussion. In diesem Punkt gibt es die noch größten Hürden.

Kritisch muß vermerkt werden, daß von den Prorektoren trotz klarer Orientierung kaum Aussprachen über den Fakultätsrahmen hinaus organisiert wurden, um eine Reihe von Fragen zentral zu lösen. Das führt dazu, daß in gemeinsam berührenden Fragen – wie den Problemen des Grundstudiums, der Profilierung und Sektorbildung – die Fakultäten im großen und ganzen isoliert voneinander arbeiten.

Die erste Etappe der Diskussion war in der Hauptsaal der Information und Selbstverständigung gewidmet. In einigen Bereichen, wie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, drohte die Diskussion ins Uferlose und Unverbindliche auszuleiten. Hier wirkte sich aus, daß die staatlichen Leiter mit ungenügender Konzeption und „längen Zugeln“ die Diskussion leiteten.

In der zweiten Etappe der Diskussion sind die Aussprachen insbesondere auf die konstruktiven Lösungswegs und die einzelnen Etappen für die Weiterentwicklung des Hochschulwesens gerichtet. Den Prorektoren wurden dafür im Kollegium und im Senat konkrete Aufgaben gestellt.

In der Universitätsleitung existieren folgende Vorsestellungen für die Weiterführung der Diskussion:

1. Auf Grundlage der „Prinzipien“-Diskussion geht es jetzt darum, die Erziehungskonzeption für das Gesamtstudium und die Erziehungspogramme für die einzelnen Studienjahre zu überarbeiten. Das muß auf der Grundlage exakter Analysen geschehen und zu einer Erhöhung der Erziehungserfolge führen. Deshalb sieht auch im Frühjahrsemester die politisch-ideologische Arbeit mit den Studenten im Vordergrund. Der Prorektor für Studienangelegenheiten wurde von Rektor und Senat beauftragt, die bisherigen Diskussionsergebnisse in eine Konzeption einzufüllen zu lassen, die die politisch-ideologischen Anforderungen an die Studenten sowie den Lehrkörper und den wissenschaftlichen Nachwuchs beinhaltet soll. Sie soll die Rolle und die Aufgaben der Erziehungskollektive umreißen. Hinweise für die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen geben und die Aufgaben der staatlichen Leitung im Erziehungsprozeß fixieren. Der Prorektor für Studienangelegenheiten wurde weiter beauftragt, die zentralen Auf-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Neuer Stellvertreter des Sekretärs der UPL

Mitteilung der UPL

Die UPL beschloß in ihrer Sitzung vom 30. März 1966 einen Wechsel des Stellvertreters des Sekretärs (Org.-Kader). Sie stimmte dem plausiblen Ausscheiden des Genossen Dr. Horst Wenge aus dieser Funktion zu und dankte ihm für seine erfolgreiche Arbeit. Genosse Dr. Wenge übernimmt eine Aufgabe in der wissenschaftlichen Arbeit.

Als Stellvertreter des Sekretärs (Org.-Kader) wurde Genosse Kurt Wörlitz, Mitglied der UPL und bisher Sekretär der FPL der Landwirtschaftlichen Fakultät, gewählt.

In den zurückliegenden Monaten wurden folgende kademäßigen Veränderungen in der UPL vollzogen:

Aus persönlichen Gründen schied die Genossin Rosemarie Floreck, Studentin der Medizin, aus der UPL aus, die ihr für ihre Arbeit dankte.

Als Mitglieder der UPL wurden kooperiert:

Genosse Prof. Dr. Albrecht Neubert, Direktor des Dolmetscher-Instituts an der Philologischen Fakultät; Genosse Dr. Herbert

Kietz, Dozent (W) an der Juristischen Fakultät, und die Genossin Marlene Fellenberg, Studentin der Medizin.

Die UPL teilt weiterhin die Wahl des Genossen Lothar Flecher zum Sekretär der Landwirtschaftlichen Fakultät mit.

Neuer Prorektor für Naturwissenschaften

Der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen ernannte Prof. Dr. Günter Gebhardt, Direktor des Instituts für Tierernährung, mit Wirkung vom 1. März zum Prorektor für Naturwissenschaften an der Karl-Marx-Universität.

Gleichzeitig entpflichtete der Staatssekretär Prof. Dr. Hermann Neels auf dessen eigenen Wunsch von seiner Funktion als Prorektor für Naturwissenschaften. Der Staatssekretär nahm das Ausscheiden von Prof. Neels zum Anlaß, um ihm für seine Arbeit, die gekennzeichnet war „von dem Streben nach Erhöhung der Produktivität des wissenschaftlichen Arbeit und der fruchtbringenden Zusammenarbeit des Wissenschaftlers der Universität mit einer Reihe wichtiger Industriebetriebe“, Dank und Anerkennung auszusprechen.



PROF. DR. GÜNTER GEBHARDT



GENOSSE KURT WÖRLITZ